

Schöner Wirtschaften – Europa geschlechtergerecht gestalten!

Bei der Podiumsdiskussion am 30.10.04 ging es darum, die Ergebnisse der Konferenz zu bündeln und abschließend zu diskutieren, wie das erweiterte Europa weiterhin und in Zukunft geschlechtergerecht gestaltet werden kann. Dazu waren VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und von NGOs aufs Podium geladen worden. Referent und Referentinnen waren im einzelnen: *Rezzo Schlauch* (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, *Friederike Maier*, Professorin für Volkswirtschaftslehre und Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökonomie und Geschlechterforschung an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin, *Małgorzata Tarasiewicz*, Geschäftsführerin von NEWW-Polska (Network of East-West Women) aus Danzig und *Gisela Dütting*, Vorstandsmitglied von WIDE, einem internationalen Netzwerk von NGOs aus den Bereichen Menschenrechte, Gender und Development mit Sitz in Brüssel. Moderiert wurde die Abschlussdiskussion von *Claudia Neusüß*, Politikberaterin aus Berlin und eine der beiden Konferenz-Organisatorinnen.



Rezzo Schlauch

Zunächst geht *Rezzo Schlauch* in seinem Eingangsstatement auf die wirtschaftspolitische Lage in Deutschland ein, die sich je nach Branche sehr unterschiedlich darstelle. Neben problematischen Bereichen gäbe es durchaus Branchen – z.B. den Maschinenbau –, denen es sehr gut gehe. Allgemein sei Zurückhaltung beim Konsum festzustellen. Seiner Einschätzung nach sei ein hoher Sättigungsgrad erreicht, so dass eine zukünftige Abmilderung der Wachstumsschwäche unrealistisch erscheine.

Geschlechterpolitisch stellt Schlauch eine Höherbewertung von – dem leicht abgewandelten Kanzlerwort – „Gender und Gedöns“ fest. Beispiele wie die Initiativen der Bundesregierung zu Ganztagschule und Kinderbetreuung würden dies belegen. Gender nun vom „soften“ zum „harten“ politischen und wirtschaftlichen Faktor umzuwandeln, sei eine anstehende Aufgabe. Einzelne Betriebe hätten den „harten Faktor“ Gleichstellung schon entdeckt. Schlauch prognostiziert, dass vor allem der drohende Fachkräftemangel die Gleichstellungsbemühungen der Unternehmen befördern werde. Die Wirtschaft habe ein ureigenes Interesse an Mobilisierung und Qualifikation von Frauen. Dies vermöge mehr zu bewirken als das Eingreifen des Staates.

Der Staatssekretär glaubt darüber hinaus nicht, dass sich die Interessen der Wirtschaft und eines gestaltenden Staates widersprechen. Vor allem solle man die Anstrengungen der mittelständischen Unternehmen ihre MitarbeiterInnen zu halten, nicht unterschätzen. Vor allem im technischen Bereich hätten viele Firmen Nachwuchsmangel. Diese würden direkt in den Hauptschulen versuchen, Mädchen für Technikberufe zu rekrutieren. Schlussendlich habe ja auch die prognos-Studie gezeigt, dass Versäumnisse bei der Vereinbarkeit massiv zu Buche schlagen würden.

Gleichzeitig ist aber seine Einschätzung, dass die bisherige freiwillige Vereinbarung nicht ansatzweise erfolgreich war, weshalb die Initiative für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft wieder aufgegriffen werden müsse. Hier müsse man den Kanzler beim Wort nehmen. Dieser sei nun in der Pflicht, da vereinbart worden sei, sollte die freiwillige Vereinbarung nicht greifen, müsse der gesetzliche Weg gegangen werden. Allerdings macht Schlauch auch auf die schwierige Situation für solch ein Gesetzesvorhaben aufmerksam: Es gäbe momentan eine breite Stimmung gegen „Überbürokratisierung“.

Während sich Gender Mainstreaming teilweise in Arbeitsbereichen seines Ministeriums niederschläge, gäbe es für Gender Budgeting wenig Ansatzpunkte - das Thema sei „noch gar nicht präsent“. Dabei gäbe es seiner Ansicht nach z.B. in der Steuerpolitik noch einiges zu tun. Leider seien Anfang der Legislaturperiode die Bemühungen um die Abschaffung des Ehegattensplittings gescheitert. Als Beispiel für Gender Mainstreaming-Aktivitäten nennt er die Evaluierung von Hartz I-IV im Hinblick auf die Auswirkungen auf Frauen und Familien. Wenn die Auswertung Nachteile für Frauen nachweise, müsse nachgebessert werden.

Friederike Maier berichtet von den verwunderten Fragen ihrer internationalen Kolleginnen, warum das vergleichsweise reiche Deutschland nicht mehr in Gleichstellung investiere und sich diesbezüglich im europäischen Mittelfeld aufhalte. Es herrsche immer wieder Fassungslosigkeit über das „deutsche Arrangement“ mit seiner rudimentären Kinderbetreuung. Maier konstatiert, dass in Deutschland wenig Geld in Dienstleistungen für Familien fließe, hingegen hohe Transferleistungen wie Kindergeld und Ehegattensplitting finanziert würden. Die EU wirke sich auf die Entwicklung in Deutschland deshalb positiv aus. Vor allem durch den Einfluss der skandinavischen Länder sei die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit (z.Zt. 58 % in Deutschland, Vollzeit und Teilzeit) und die Erhöhung der Kinderbetreuungsangebote für Kinder



Friederike Maier

unter drei Jahren auf die Agenda gekommen. Allerdings ist Maier skeptisch, ob dieser gleichstellungspolitische Trend anhält. Ihrer Einschätzung nach ist die EU mit dem Beitritt der neuen Länder „komplizierter“ in arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Fragen geworden. Europaweiter Trend seien eine öffentliche Ausgabenreduzierung und die Sanierung der Haushalte. Derzeitiges wirtschaftspolitisches Credo sei eine Entwicklung hin zu stärkerem Wettbewerb, Deregulierung und einer Einschränkung des öffentlichen Sektors. In der Wirtschaftspolitik sei man zudem vom Gender Mainstreaming weit entfernt. Zwar käme Gender Mainstreaming in den Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsrichtlinien vor, dies habe jedoch keinen feststellbaren Einfluss. Prinzipiell gelte das Prinzip „mehr Markt – weniger Staat“. Genau

dieser wirtschaftspolitische Mainstream, der immer mehr dem Markt überlasse, wirke kontraproduktiv auf die Geschlechtergerechtigkeit. Im Dreieck Staat-Markt-Familie müsse der Staat wichtige geschlechterpolitische Dienstleistungen anbieten. Maier hält eine feministische Intervention in die gegenwärtige ökonomische Diskussion deshalb für wichtig. Sie bezweifelt eine Veränderung aufgrund des ureigenen Interesses der Wirtschaft. Diese Argumentation gäbe es seit den

60er Jahren. Wenn die Gleichstellung dem unregulierten Arbeitsmarkt überlassen werde, drohe eine große Schere zwischen gut und weniger qualifizierten Frauen. Sie befürchte einen anwachsenden Niedriglohnsektor, wie er schon heute in den USA existiere.



Rezzo Schlauch, Friederike Maier

Małgorzata Tarasiewicz beschreibt die schwierige Arbeitsmarktsituation in Polen. Die Arbeitslosigkeit von Männern liege bei 18 %, die von Frauen bei 20,6 %. Das Problem sei, dass Frauen in der Regel länger arbeitslos seien als Männer und ihre Chancen wieder auf den Arbeitsmarkt zu kommen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sanken. Die Frauen die Arbeit hätten, trauten sich oft nicht, Kritik an den Arbeitsverhältnissen zu üben, da sie befürchteten, ihre Stelle zu verlieren. Dabei sähen sich viele Frauen gezwungen, schlecht bezahlte Arbeitsstellen mit katastrophalen Arbeitsbedingungen anzunehmen. In dieser dramatischen Situation – so Tarasiewicz – würden große Hoffnungen in die EU und den ESF (Europäischer Sozialfonds) gesetzt, seien doch die ESF-Gelder vor allem für Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vorgesehen. Allerdings sei es für ihre Frauen-NGO NEWW-Polska schwer, an diese Gelder zu kommen. Antrag und Eigenbeteiligung seien schwer zu leisten, zumal NEWW-Polska keinerlei staatliche Unterstützung hätte. Die meisten Gelder könnten sich momentan staatliche Institutionen sichern, die allerdings gegenüber Gender-Fragen nicht aufgeschlossen seien. Dabei wäre es gerade jetzt besonders wichtig, noch EU-Gelder zu beantragen, da bei den Wahlen im März 2005 mit einer Regierungsübernahme durch die Konservativen zu rechnen sei. Diese würden ihr Engagement gänzlich der Familienpolitik widmen – Frauen- und Geschlechterpolitik hätten dann keine Priorität mehr.

Gisela Dütting von WIDE umreißt kurz die Aktivitäten ihres europäischen Netzwerks von Entwicklungs-NGOs, GenderexpertInnen und MenschenrechtsaktivistInnen: WIDE überwache die weltweite wirtschaftliche Entwicklung und versuche auf Regierungen zu wirken. Die Situation gestalte sich zunehmend so, dass nationale EntscheiderInnen z.B. für die nationale Deregulierung des Arbeitsmarkts auf EU-Vorgaben verweisen würden. Auf EU-Ebene wiederum werde dann auf internationale Vereinbarungen hingewiesen. Wichtig sei es folglich, für Entscheidungen Verantwortliche zu benennen und zu verdeutlichen, dass ökonomische Entscheidungen politische Entscheidungen seien. Ein weiteres wichtiges Ziel von WIDE sei es, die Kluft zwischen Menschenrechten auf der einen Seite und Wettbewerb und Handel auf der anderen Seite zu überwinden. Denn es sei problematisch, dass Regierungen sich

teilweise widersprechende Abkommen in beiden Bereichen unterzeichnen würden. WIDE bediene sich bei seiner politischen Arbeit aller vorhandenen gleichstellungspolitischen Instrumente, die durch die Frauenbewegung erkämpft worden seien. Weltweit setzten sie sich außerdem für eine ökonomische Alphabetisierung ein. Bezugnehmend auf die Erfolge von WIDE erklärt Dütting, dass prinzipiell jeder kleine Schritt nach vorne als Erfolg verbucht werden müsse. Dass sich EU-Handelskommissar Pascal Lamy auf Grund des starken öffentlichen Drucks auf die WTO (World Trade Organisation)-Verhandlungen in Cancún genötigt sah, einen Brief an WIDE zum Thema Gender und Handel zu schreiben, findet sie einen besonders schönen Erfolg. Außerdem hätte WIDE im Zuge des EU-Beitritts mit zahlreichen Frauen-Organisationen in Osteuropa Kontakt aufgenommen und Informationen zu den Auswirkungen des EU-Beitritts auf Frauen in diesen Ländern gesammelt und diese in einem Hearing des EU-Parlaments öffentlich gemacht.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht Dütting darin, feministisch zu intervenieren und sogenannte „weiche“ gleichstellungspolitische Themen zu „harten“ Themen zu machen. Immer wieder stehe sie vor der Frage, wie PolitikerInnen in die Pflicht genommen werden könnten.

In der anschließenden Diskussionsrunde bezieht sich ein großer Teil der Redebeiträge aus dem Publikum auf die Situation in Deutschland. Eine Teilnehmerin stellt die Frage, wie mittels Wirtschaftsförderung und öffentlichen Projekten noch mehr auf die Wirtschaft eingewirkt werden könne, um dort Gleichstellungsaktivitäten voran zu bringen. Sie fordert mehr staatliches Engagement, um der Privatwirtschaft Vorbilder zu bieten. Ein weiteres



Publikum

Thema ist die Auslagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland und ein gleichzeitiges Anwachsen des Niedriglohnssektors in Deutschland. Schlauch verweist auf das Antidiskriminierungsgesetz, das kurz vor der Verabschiedung stehe. Dieses Gesetz folge einer Vorgabe der EU, hier würden seines Erachtens „harte“ Gender-Vorgaben umgesetzt. Die Auslagerung von Arbeitsplätzen finde vor allem statt, so Schlauch, da Deutschland keinen Niedriglohnssektor habe. Außerdem fragt er, weshalb in einem politisch

geeinten Europa die Verlagerung von Arbeitsplätzen verhindert werden solle. Den Vorschlag die Wirtschaftsförderung zu nutzen um mehr Gleichstellung zu erreichen, lehnt Schlauch ab. Man solle die Förderung nicht von zu vielen Kriterien abhängig machen. Sonst würde gar nichts umgesetzt.

Schließlich wird nachgefragt, warum das Instrument Gender Budgeting in Deutschland nicht zur Anwendung komme. Dass Gender Budgeting kein Thema auf Bundesebene sei, hat Maiers Meinung nach auch mit der Profession der Ökonominnen zu tun. Keine wisse genau wie Gender Budgeting funktioniere, deshalb schiebe man die Entwicklung und Erprobung

auf die kommunale Ebene ab. Eine polnische Teilnehmerin richtet ihr Statement direkt an das Podium: „I have no money for the milk, I can't think about democracy. How can you help us in Poland? We have a harder situation now than years ago.“ Tarasiewicz schließt sich der Frage an, wie die Bundesregierung Frauen in Polen unterstützen könne. Schlauch verweist auf die sensiblen bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen. Man könne höchstens Prozesse unterstützen, aber keinesfalls Vorgaben machen. Die EU habe seiner Meinung nach hier bessere Möglichkeiten.



Claudia Neusüß

Neusüß beschließt die Diskussion mit dem Zukunftswunsch, dass der Erfahrungsaustausch über Gender Mainstreaming von relevanten Meinungsträgern geführt werde. Eine gute Möglichkeit Gender Mainstreaming momentan zu forcieren, sei zu verdeutlichen, welche Risiken Regierungen eingehen, wenn sie Gender Mainstreaming nicht berücksichtigten. Da Südafrika bereits erfolgreich mit Gender Budgeting arbeite, könne es die EU durchaus wagen, dieses Instrument ebenfalls zur Anwendung zu bringen, beschließt Neusüß die Diskussion.